



Info

Stand: 09/2014

Merkblatt zum Landesbeamtenversorgungsgesetz (LBeamtVG)

Für Ihre Unterlagen bestimmt!

Allgemeine Hinweise zum Landesbeamtenversorgungsrecht

Inhaltsverzeichnis

| Ziffer | | Seite |
|--------|---|-------|
| 1 | Allgemeine Hinweise | 1 |
| 2 | Aufgaben des LfF | 1 |
| 3 | Verschiedene Einzelleistungen und Verpflichtungen | 2 |
| 4 | Voraussetzungen für ein Ruhegehalt | 5 |
| 5 | Entstehen und Berechnung des Ruhegehaltes | 6 |
| 6 | Ruhegehaltfähige Dienstbezüge | 6 |
| 7 | Ruhegehaltfähige Dienstzeiten | 7 |
| 8 | Ruhegehaltssatz | 9 |
| 9 | Vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltssatzes | 10 |
| 10 | Kindererziehungs- und Pflegeleistungen | 11 |
| 11 | Dienstunfallversorgung | 12 |
| 12 | Ruhen der Versorgungsbezüge (§§ 73 bis 76 LBeamtVG) | 13 |
| 13 | Kürzung der Versorgungsbezüge nach Ehescheidung | 18 |
| 14 | Erwerbstätigkeit von Ruhestandsbeamten / früheren Beamten | 20 |
| 15 | Hinweise | 22 |
| 16 | Beratungen in Rentenfragen | 22 |
| 17 | Für Ihre Notizen | 23 |

1. Allgemeine Hinweise

Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird darauf verzichtet, weibliche und männliche Bezeichnungen nebeneinander zu verwenden. Angesprochen sind stets Frauen und Männer.

Dieses Infoblatt erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können hieraus nicht hergeleitet werden.

Die nachfolgenden Informationen sollen einen Überblick über das Beamtenversorgungsrecht vermitteln. Im Interesse einer verständlichen und übersichtlichen Darstellung können daher nicht alle gesetzlichen Regelungen in allen Einzelheiten erläutert werden.

Hinweis für Beamte im aktiven Dienst:

Es besteht die Möglichkeit, über die Internetseite der LfF – www.lff-rlp.de – (Stichwort: Service/Versorgungsauskunft) ein Versorgungsauskunftsprogramm aufzurufen, mit dem Sie Ihren bisher erreichten oder den zukünftigen Ruhegehaltssatz informativ berechnen können. Für die erforderlichen Eingaben sollten Sie alle Daten Ihres beruflichen Werdegangs bereithalten.

2. Aufgaben des Landesamtes für Finanzen (LfF)

Das Landesamt für Finanzen (LfF) nimmt hinsichtlich der Versorgungsleistungen der Beamten und Richter des Landes Rheinland-Pfalz, sowie deren Hinterbliebenen im wesentlichen folgende Aufgaben wahr:

- Festsetzung und Zahlung der Versorgungsbezüge,
- Festsetzung und Zahlung von Unfallfürsorgeleistungen bei Dienstunfällen,

- Festsetzung und Zahlung von Kindergeld,
- Festsetzung und Zahlung des Kindererziehungszuschlages, des Kindererziehungsergänzungszuschlages, des Kinderzuschlags zum Witwengeld, des Pflege- und Kinderpflegeergänzungszuschlages,
- Festsetzung und Zahlung von Beihilfen,
- Einbehaltung und Abführung von Beiträgen zur Krankenversicherung der Rentner (KVdR) und Pflegeversicherung (PV),
- Einbehaltung und Abführung von gepfändeten und abgetretenen Teilen der Versorgungsbezüge,
- Durchführung des Lohnsteuer-Jahresausgleichs gem. § 42b EStG,
- Einbehaltung und Abführung der auf die Versorgungsbezüge entfallende Lohn- und Kirchensteuer sowie des Solidaritätszuschlages.

3. Verschiedene Einzelleistungen und Verpflichtungen

3.1 Bezügemitteilung

Bei der erstmaligen Festsetzung sowie bei jeder Änderung der Versorgungsbezüge erhalten Sie eine „Bezügemitteilung“, aus der Sie die für Ihre Bezüge maßgebenden Berechnungs- und Abzugsmerkmale entnehmen können. Hierzu gehören u.a. die Besoldungsgruppe, Zulagen, familienbezogene Leistungen, Steuern und sonstige Abzüge (z.B. Krankenversicherungsbeiträge, Pfändungen).

Veränderungen der Bezügebstandteile und der Abzüge sind durch Vergleich der neuen „Bezügemitteilung“ mit den zuvor erhaltenen Bezügemitteilungen erkennbar.

Bitte prüfen Sie die Ihnen zugehende „Bezügemitteilung“ auf die Richtigkeit der Berechnungs- und Abzugsmerkmale und beachten Sie die Erläuterungen. Vergleichen Sie auch den angegebenen Zahlbetrag mit der erhaltenen Überweisung. Teilen Sie Unstimmigkeiten bitte umgehend dem Landesamt für Finanzen (LfF) mit.

3.2 Anzeigepflichten des Versorgungsempfängers

Sie sind verpflichtet, Änderungen Ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, unverzüglich und unaufgefordert schriftlich dem LfF anzuzeigen, soweit diese für die Zahlung Ihrer Bezüge bedeutend sein könnten (§ 10 LBeamVG).

Der Anzeigepflicht unterliegen insbesondere

- a) die Verlegung des Wohnsitzes
- b) die Änderung der Bankverbindung
- c) bei Änderung des Familienstandes:
 - Heirat/Begründung einer Lebenspartnerschaft,
 - Scheidung/Aufhebung einer Lebenspartnerschaft,
 - Aufhebung oder Nichtigkeitsklärung der Ehe/Lebenspartnerschaft,
 - Tod des Ehegatten/Lebenspartners,
- d) bei Bezug von kinderbezogenen Leistungen:
 - Geburt eines Kindes,
 - Heirat/ Begründung einer Lebenspartnerschaft eines Kindes,
 - Tod eines Kindes
 - Aufnahme einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst oder einer ihr gem. § 41 Abs. 6 LBesG gleichstehenden Beschäftigung durch den Ehegatten/Lebenspartner oder einer anderen Person, die vorrangig für ein berücksichtigungsfähiges Kind Kindergeld erhält.
- e) der Bezug sowie die Veränderung eines Einkommens aus einer Beschäftigung oder Tätigkeit innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes.
Hierzu gehören Einkünfte aus selbständiger und nichtselbständiger Arbeit, aus Gewerbebetrieb und aus Land- und Forstwirtschaft. Außerdem ist der Bezug und die Veränderung eines Erwerbserwerbseinkommen anzuzeigen.
- f) die Bewilligung und die Veränderung eines weiteren Versorgungsbezuges (Ruhegehalt, Witwengeld, Waisengeld, Unterhaltsbeitrag o.ä.) oder eines versorgungsähnlichen Bezuges,

- g) die Bewilligung und die Veränderung
- einer Rente aus der inländischen gesetzlichen Rentenversicherung oder einer ausländischen Rente,
 - von Renten der zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Angestellte des öffentlichen Dienstes,
 - von Renten der gesetzlichen Unfallversicherung,
 - von Leistungen aus einer berufsständischen Versorgungseinrichtung oder aus einer befreienden Lebensversicherung,
 - einer Rente nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte und
 - sonstiger Leistungen, die aufgrund einer Berufstätigkeit oder sonstigen Tätigkeit zur Versorgung wegen Alters oder Erwerbsminderung oder den Hinterbliebenen gewährt werden.

Anzuzeigen ist auch, wenn eine der genannten Renten oder Leistungen nicht beantragt oder auf sie verzichtet oder an deren Stelle eine Kapitalleistung, Beitrags-erstattung oder Abfindung gezahlt wurde.

- h) die Erfüllung der allgemeinen Wartezeit in der gesetzlichen Rentenversicherung nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch für Zeiten im Beitrittsgebiet und im Rahmen der Gewährung von Kindererziehungszuschlägen,
- i) die Beendigung und die Unterbrechung der Schul- und Berufsausbildung sowie der Bezug und die Veränderung des eigenen Einkommens eines Kindes, das bei der Zahlung der Bezüge berücksichtigt wird (ebenso z.B. die Heirat – vgl. Buchst. c); bei behinderten Kindern ferner der Wechsel von Haushalts- zu Heimbetreuung (und umgekehrt) sowie ein Betreuerwechsel.

Den Mitteilungen im Rahmen der Meldepflicht sind nachweisende Unterlagen (z.B. Urkunden, Verträge, Zeugnisse, Rentenbescheid mit allen Anlagen, Bescheinigungen) beizufügen.

Folgen der Unterlassung einer Anzeige

Kommen Sie Ihrer Anzeigepflicht schuldhaft nicht nach, so kann Ihnen Ihre Versorgung ganz oder teilweise auf Zeit oder auf Dauer entzogen werden.

Bei unterbliebener oder verspäteter Anzeige von bezügerelevanten Änderungen kann ggf. eine rückwirkende Neuberechnung der Bezüge und eine Rückforderung überzahlter Beträge erfolgen. Der Einwand des Wegfalls der Bereicherung kann dann nicht geltend gemacht werden.

Ein Verstoß gegen die Anzeigepflicht kann den Tatbestand einer Straftat erfüllen.

3.3 Lohnsteuer

3.3.1 Steuermerkmale

Versorgungsbezüge gelten nach den einschlägigen steuerrechtlichen Vorschriften als steuerpflichtige Einkünfte.

Die Mitteilung Ihrer Lohnsteuermerkmale erfolgt im automatisierten Verfahren zwischen der Finanzverwaltung und dem Landesamt für Finanzen.

Die Daten Ihrer Lohnsteuerbescheinigung werden Ihrem zuständigen Finanzamt elektronisch jeweils Ende Januar oder Februar des folgenden Jahres übermittelt. Sie erhalten einen „Ausdruck der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung“, die für Ihre Unterlagen bestimmt ist. Der Ausdruck braucht einer Steuererklärung nicht beigelegt zu werden.

3.3.2 Berücksichtigung von Aufwendungen für die Kranken- und Pflegeversicherung

Nach dem „Bürgerentlastungsgesetz - Krankenversicherung“ sind Aufwendungen für die Kranken- und Pflegeversicherung voll abzugsfähig, soweit sie der Basisabsicherung dienen. Beiträge zur Sicherung des Existenzminimums sind damit voll abzugsfähig, Beitragsanteile für die Finanzierung von Krankengeld, Chefarztbehandlung, Einbettzimmer usw. können steuerlich nicht berücksichtigt werden. Welche Anteile Ihrer Versicherungsbeiträge auf steuerlich abziehbare oder nicht abziehbare Leistungen beruhen, stellt Ihre Versicherung fest.

Sofern Ihre Kranken- und Pflegeversicherungsbeträge steuermindernd im Lohnsteuer-

abzugsverfahren berücksichtigt werden sollen, sind entsprechende Nachweise erforderlich:

- Bei Beamtinnen und Beamten, die eine **private Kranken- und Pflegeversicherung** abgeschlossen haben, sind die Beiträge abzugsfähig, die auf die Basisabsicherung entfallen. Dazu benötigen wir eine Bescheinigung Ihres privaten Versicherungsunternehmens über die Höhe der Beitragsanteile zur Basiskranken- und Pflegeversicherung.
- Bei Beamtinnen und Beamte, die in einer **gesetzlichen Krankenversicherung** versichert sind, werden die Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge in pauschaler Weise ermittelt und entsprechend einem möglichen Sonderausgabenabzug berücksichtigt. Hierzu benötigen wir lediglich eine Mitgliedsbescheinigung Ihrer Krankenkasse.

Wird keine Bescheinigung Ihrer Krankenversicherung/Krankenkasse vorgelegt, werden die Vorsorgeaufwendungen als Mindestpauschale bis zu 12 v. H. des steuerpflichtigen Arbeitslohns, höchstens 1.900,00 EUR (bei Steuerklasse III 3.000,00 EUR) jährlich bei der Berechnung der Lohnsteuer berücksichtigt. Darüber hinausgehende Vorsorgeaufwendungen können Sie auch bei ihrer Einkommensteuererklärung geltend machen.

3.4 Vermögenswirksame Leistung

Versorgungsempfänger zählen nicht zum begünstigten Personenkreis des Vermögensbildungsgesetzes. Sofern vor dem Ruhestand von Ihren Dienstbezügen vermögenswirksame Leistungen einbehalten und abgeführt wurden, entfällt dies ab Beginn des Ruhestandes.

3.5 Private Altersvorsorge (sog. „Riester-Rente“)

Ruhestandsbeamte können seit 2008 nur dann in die staatlich geförderte Altersvorsorge (sog. „Riester-Rente“) einbezogen werden, sofern sie Versorgung wegen Dienstunfähigkeit beziehen, vor der Versetzung in den Ruhestand Empfänger von Besoldung/Amtsbezügen waren und das 67. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

3.6 Beihilfen

Für die Gewährung von Beihilfen sind über die gesetzliche Regelung des § 66 Landesbeamtengesetz (LBG) die Vorschriften der Beihilfenverordnung Rheinland-Pfalz (BVO) maßgeblich.

Bitte beachten Sie hierzu das Merkblatt zur Beihilfenverordnung (BVO) des Landes Rheinland-Pfalz (LFF18_Beih001) sowie entsprechende Ausführungen im Internet.

3.7 Kindergeld

Die Gewährung von Kindergeld richtet sich nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes (EStG).

Nach § 72 EStG erhalten Empfänger von Versorgungsbezügen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen das Kindergeld in der Regel von der Stelle, die für die Zahlung der Bezüge zuständig ist.

Das Kindergeld wird monatlich mit den laufenden Bezügen ausgezahlt. Der Kindergeldzahlbetrag kann der „Bezügemitteilung“ entnommen werden.

Weitere Einzelheiten zum Kindergeldrecht ergeben sich aus dem Merkblatt zum Kindergeld.

Da das Kindergeld eine steuerrechtliche Leistung ist, wird es nicht in den beamtenrechtlichen Festsetzungsbescheiden ausgewiesen.

3.8 Familienzuschlag

Für die Zahlung des Familienzuschlags finden gem. § 64 Abs. 1 LBeamtVG die für die Beamten geltenden Vorschriften des Landesbeamtengesetzes Anwendung.

Der kinderbezogene Familienzuschlag (Unterschiedsbetrag) wird neben dem Versorgungsbezug gezahlt.

Den für Sie jeweils maßgeblichen Betrag entnehmen Sie bitte der „Bezügemitteilung“.

3.9 Krankenversicherung der Rentner (KVdR) und Pflegeversicherung (PV)

3.9.1 Beitragspflicht der Versorgungsbezüge

Versorgungsbezüge aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis (Ruhegehalt, Unterhaltsbeitrag, Hinterbliebenenversorgung) gelten nach der Vorschrift des § 229 Abs. 1 Sozialgesetzbuch V (SGB V) als rentenvergleichbare Einnahmen und sind aus diesem Grunde in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung beitragspflichtig.

Wird neben dem beamtenrechtlichen Versorgungsbezug eine Rente der **gesetzlichen** inländischen Rentenversicherung gezahlt, hat die Zahlstelle des Versorgungsbezuges (**hier: LfF**) die auf die Versorgungsbezüge entfallenden Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge einzubehalten und an die Krankenkasse zu entrichten, soweit der Versorgungsempfänger bei einer gesetzlichen Krankenkasse pflichtversichert ist.

3.9.2 Gesetzliche Krankenkassen

- Allgemeine Ortskrankenkassen
- Betriebskrankenkassen
- Innungskrankenkassen
- See-Krankenkasse
- Landwirtschaftliche Krankenkassen
- Bundesknappschaft sowie
- Ersatzkassen (z.B. BEK, DAK, TK u.a.)

3.9.3 Meldepflicht der Zahlstelle

Das LfF als Zahlstelle von Versorgungsbezügen ist gemäß § 202 SGB V bei erstmaliger Bewilligung des Versorgungsbezuges verpflichtet, die Krankenkasse des Versorgungsempfängers zu ermitteln, in der dieser krankenversichert ist.

In den Fällen einer Mitgliedschaft in der **gesetzlichen** Krankenversicherung ist der Krankenkasse Beginn, Höhe, Veränderungen und Ende des Versorgungsbezuges anzuzeigen.

Zur Durchführung dieser Meldepflicht hat der Versorgungsempfänger der Zahlstelle seine Krankenkasse anzugeben sowie einen Krankenkassenwechsel oder die Aufnahme einer kranken- und pflegeversicherungspflichtigen Beschäftigung anzuzeigen.

3.9.4 Meldepflicht des Versorgungsempfängers

Unabhängig von der Meldepflicht des Versorgungsempfängers gegenüber der Zahlstelle des Versorgungsbezuges ist der Versorgungsempfänger ferner **verpflichtet**, Beginn, Höhe, Veränderungen und die Zahlstelle des Versorgungsbezuges seiner gesetzlichen Krankenkasse unverzüglich anzuzeigen.

3.9.5 Melde- und Beitragsverfahren

Nach Rücksendung der nach Aufnahme der Zahlung zugehenden Erklärung zum Krankenversicherungsverhältnis teilt das LfF der gesetzlichen Krankenkasse die Zahlungsaufnahme des Versorgungsbezuges mit und übermittelt das Datum des Zahlungsbegins sowie die Höhe des Versorgungsbezuges.

Die Krankenkasse prüft die Beitragspflicht des Versorgungsbezuges und unterrichtet das LfF über die Notwendigkeit des Beitragseinzuges.

4. Voraussetzungen für ein Ruhegehalt

Für die Versetzung eines rheinland-pfälzischen Beamten in den Ruhestand sind grundsätzlich die Vorschriften des Landesbeamtenengesetzes (LBG) maßgeblich.

Bei Erfüllung der folgenden Tatbestände tritt der Beamte in den Ruhestand / wird der Beamte in den Ruhestand versetzt:

4.1 Beamte auf Lebenszeit

Eintritt in den Ruhestand bei Erreichen der allgemeinen oder besonderen Altersgrenzen (z.B. §§ 37, 111, 117 LBG), Versetzung in den Ruhestand bei Dienstunfähigkeit (§ 44 LBG), auf Antrag ab dem vollendeten 63. Lebensjahr (§ 39 Abs. 1 LBG) und wegen Schwerbehinderung ab dem vollendeten 60. Lebensjahr (§ 39 Abs. 2 LBG).

Wenn es im dienstlichen Interesse liegt, kann mit Zustimmung des Beamten oder auf dessen Antrag der Eintritt in den Ruhestand über das vollendete 65. Lebensjahr hinaus um eine bestimmte Frist, die jeweils ein Jahr nicht übersteigen darf, hinausgeschoben werden,

jedoch nicht länger als bis zum Ablauf des 68. Lebensjahres.

Unter den gleichen Voraussetzungen kann der Eintritt in den Ruhestand einer gesetzlich festgelegten früheren Altersgrenze um bis zu drei Jahren hinausgeschoben werden.

4.2 Beamte auf Probe

Versetzung in den Ruhestand bei Dienstunfähigkeit infolge Dienstunfall oder Dienstbeschädigung oder im Wege des Ermessens bei Dienstunfähigkeit aus anderen Gründen (§ 45 LBG).

4.3 Beamte auf Widerruf

Für Beamte auf Widerruf besteht keine gesetzliche Möglichkeit der Versetzung in den Ruhestand.

Sie werden entlassen und für die Dauer ihrer Beschäftigung im Beamtenverhältnis auf Widerruf in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert. Endete das Beamtenverhältnis auf Grund eines Dienstunfalls, erhält der frühere Beamte einen Unterhaltsbeitrag für die Dauer einer durch den Dienstunfall verursachten Erwerbsbeschränkung.

4.4 Besonderheiten

Für Beamte auf Zeit, Beamte, die in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden, sowie für politische Beamte gelten Sondervorschriften.

5. Entstehen und Berechnung des Ruhegehaltes (§ 11 LBeamtVG)

Ein Ruhegehalt wird nur gewährt, wenn der Beamte

- eine Dienstzeit von mindestens 5 Jahren abgeleistet hat, oder
- infolge Dienstbeschädigung, die er sich ohne grobes Verschulden zugezogen hat, dienstunfähig ist.

5.1 Maßgebliches Versorgungsrecht

Das Ruhegehalt berechnet sich nach den allgemeinen Vorschriften des ab 01.01.1992 jeweils gültigen Versorgungsrechts, wenn die Versetzung in den Ruhestand aus einem Beamtenverhältnis erfolgte, das nicht am 31.12.1991 bestanden hat.

5.2 Übergangsregelung nach § 90 Abs. 3 LBeamtVG

Wird der Beamte aus einem am 31.12.1991 bestehenden Beamtenverhältnis in den Ruhestand versetzt, sind bei der Ermittlung der Versorgungsbezüge die besitzstandswahrenden Übergangsregelungen nach § 90 Abs. 3 LBeamtVG zu beachten. Zur Berechnung des Ruhegehaltes nach der bis zum 31.12.1991 geltenden Rechtslage siehe Tz. 8.3

6. Ruhegehaltfähige Dienstbezüge

Grundlage für die Berechnung des Ruhegehaltes sind die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge gemäß § 12 LBeamtVG.

6.1 Bestandteile der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge

Als ruhegehaltfähige Dienstbezüge gelten

- das Grundgehalt
das dem Beamten nach dem Besoldungsrecht zuletzt zugestanden hat.
- die Allgemeine Zulage
(bis 30.06.2013: Allgemeine Stellenzulage)
- Amtszulagen
- Ausgleichszulagen
soweit sie ruhegehaltfähige Dienstbezüge ausgleichen.
- der Familienzuschlag
Haben sowohl der Beamte als auch sein Ehegatte/ Lebenspartner aus einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst Anspruch auf personanstandsabhängigen Familienzuschlag, wird dieser nur zur Hälfte gezahlt.
- Hochschulleistungsbezüge
- die Vollstreckungsvergütung

6.2 Ruhegehaltfähige Dienstbezüge bei Freistellungen

Bei Freistellungen (Teilzeiten, Beurlaubungen) gelten als ruhegehaltfähige Dienstbezüge die dem letzten Amt entsprechenden vollen ruhegehaltfähigen Dienstbezüge.

6.3 Ruhegehaltfähige Dienstbezüge bei Dienstunfall

Erfolgt die Ruhestandsversetzung wegen Dienstunfähigkeit auf Grund eines Dienstunfalls, ist den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen das Grundgehalt der Stufe zugrunde zu legen, das bei anforderungsgerechter Leistung bis zum Eintritt in den Ruhestand wegen Erreichens der gesetzlichen Altersgrenze hätte erreicht werden können.

6.4 Ruhegehaltfähige Dienstbezüge aus dem letzten Amt

Die Dienstbezüge aus dem letzten Amt sind nur ruhegehaltfähig, wenn

- der Beamte diese Dienstbezüge vor Eintritt in den Ruhestand mindestens 2 Jahre erhalten hat oder
- er infolge Krankheit, Verwundung oder sonstiger Beschädigung, die er sich ohne grobes Verschulden bei Ausübung oder aus Veranlassung des Dienstes zugezogen hat, in den Ruhestand versetzt wird oder verstirbt (Dienstunfallversorgung).

Ist das letzte Amt mit dem Einstiegsamt des Beamten identisch, sind die Dienstbezüge aus diesem Amt ohne Vorbehalt ruhegehaltfähig.

7. Ruhegehaltfähige Dienstzeiten

Bei Eintritt des Versorgungsfalles wird die ruhegehaltfähige Dienstzeit des Beamten anhand der in seiner Personalakte befindlichen Urkunden und Nachweise festgestellt.

Folgende Dienstzeiten sind ruhegehaltfähig:

7.1 Ruhegehaltfähigkeit kraft Gesetzes

Beamtendienstzeiten (§ 13 LBeamtVG), berufsmäßiger und nichtberufsmäßiger Wehr-

dienst, sowie Zivildienst oder Polizeivollzugsdienst (§§ 14, 15 LBeamtVG) sind kraft Gesetzes ruhegehaltfähig.

7.2 Ruhegehaltfähigkeit auf Grund einer Vordienstzeitenentscheidung

Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse im Sinne der §§ 16 bis 18 und 20 LBeamtVG werden bei der Berufung in das Beamtenverhältnis als ruhegehaltfähige Dienstzeit durch eine Vordienstzeitenentscheidung anerkannt.

Folgende Dienstzeiten können ruhegehaltfähig sein:

7.2.1 Privatrechtliches Arbeitsverhältnis

Zeiten einer Beschäftigung im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn, die ohne eine vom Beamten zu vertretende Unterbrechung vor der Berufung ins Beamtenverhältnis liegen und zur Ernennung des Beamten geführt haben (§ 16 LBeamtVG). Die Entscheidung erfolgt von Amts wegen.

7.2.2 Sonstige Zeiten

Sonstige Zeiten sind z.B. Tätigkeit als Rechtsanwalt/Notar, hauptberufliche Tätigkeiten im Dienst öffentlich-rechtlicher Religionsgesellschaften oder im öffentlichen und nichtöffentlichen Schuldienst (§ 17 LBeamtVG).

7.2.3 Ausbildungszeiten

Hierzu zählen u.a. das Fach- und das Hochschulstudium, die praktische Ausbildung sowie die praktische hauptberufliche Tätigkeit, die für die Übernahme in das Beamtenverhältnis vorgeschrieben ist (§ 18 LBeamtVG).

7.3 Zeiten einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge

Die Zeit einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge kann als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden, wenn spätestens bei Beendigung des Urlaubs schriftlich zugestanden

worden ist, dass die Beurlaubung öffentlichen Belangen oder dienstlichen Interessen dient.

Ferner bedarf es einer gesonderten und antragsgebundenen Entscheidung des Dienstherrn über die versorgungsrechtliche Berücksichtigung des Beurlaubungszeitraums.

7.4 Zeiten im Beitrittsgebiet vor dem 03.10.1990

Wehrdienst und vergleichbare Zeiten (§§ 14, 15 LBeamtVG), Beschäftigungszeiten nach § 16 LBeamtVG und sonstige Zeiten (§§ 17 und 20 LBeamtVG) sowie Ausbildungszeiten (§ 18 LBeamtVG), die der Beamte vor dem 03.10.1990 im Beitrittsgebiet (Artikel 3 des Einigungsvertrages) zurückgelegt hat, werden nur dann als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt, wenn ein Anspruch auf eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung wegen Nichterfüllung der Wartezeit (60 Kalendermonate) nicht besteht.

Die Berücksichtigung der Zeiten nach § 19 LBeamtVG ist auf 5 Jahre begrenzt.

7.5 Teilzeit

Teilzeitbeschäftigungen sind nur zu dem Teil ruhegehaltfähig, der dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht

Beispiel:

Teilzeit = 20 WoStd., regelmäßige Arbeitszeit = 40 WoStd., ein Jahr Dienstzeit
=> 20/40 WoStd. von 365 Tagen = 182,5 Tage ruhegehaltfähige Dienstzeit.

7.6 Altersteilzeit

7.6.1 Altersteilzeit gem. § 80 e und § 80 f Landesbeamtengesetz (LBG) / ab 01.01.2012 § 75a und § 75 b LBG

Die in der Altersteilzeit verbrachten Dienstzeiten sind in dem tatsächlichen Umfang der Teilzeitbeschäftigung ruhegehaltfähig.

a) Vollbeschäftigung vor Beginn der Altersteilzeit im Block-/Teilzeitmodell

Der gesamte Zeitraum der Altersteilzeit ist im Umfang von 1/2 ruhegehaltfähig.

b) Teilzeitbeschäftigung vor Beginn der Altersteilzeit im Block-/Teilzeitmodell

Der gesamte Zeitraum der Altersteilzeit ist im Umfang der Hälfte der Teilzeitbeschäftigung ruhegehaltfähig.

Beispiel.:

Umfang der Teilzeit = 20/27
ruhegehaltfähig = 1/2 = 10/27

7.6.2 Altersteilzeit gem. § 80 b Landesbeamtengesetz – Beginn der Altersteilzeit vor dem 01.11.2006 –

Die in der Altersteilzeit verbrachten Dienstzeiten wird zu neun Zehnteln der Arbeitszeit vor Beginn der Altersteilzeit als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt.

7.7 Zeiten einer Kindererziehung

Kindererziehungszeiten für vor dem 01.01.1992 geborene Kinder,

- die in die Zeit einer Freistellung vom Dienst nach §§ 80a, 87a LBG in der am 31.12.1991 geltenden Fassung,
- oder
- in die Zeit eines Erziehungsurlaubs während eines Beamtenverhältnisses fallen, sind bis zu dem Tag ruhegehaltfähig, an dem das Kind 6 Monate alt wird (§ 90 Abs. 1 LBeamtVG).

Wegen der Zahlung eines Kindererziehungszuschlages wird auf die Ausführungen unter Tz.10 dieses Merkblattes verwiesen.

7.8 Zurechnungszeiten

Ist der Berechnung des Ruhegehaltes das ab 01.01.1992 geltende Recht zugrunde zu legen, wird die Zeit vom Eintritt des Versorgungsfalles wegen Dienstunfähigkeit bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres zu zwei Dritteln als ruhegehaltfähige Dienstzeit hinzugerechnet (§ 21 LBeamtVG).

Bei Anwendung des bis zum 31.12.1991 maßgeblichen Rechts (vgl. auch Ausführungen zur Übergangsregelung nach § 90 Abs. 3

LBeamtVG unter Tz. 5.2, 8.X) bemisst sich die Zurechnungszeit mit einem Drittel der Zeit, die vom Eintritt in den Ruhestand bis zur Vollen- dung des 55. Lebensjahres zurückgelegt wor- den ist.

7.9 Zeiten einer Beschäftigung im Eu- ropäischen Wirtschaftsraum und der Schweiz

Wurde eine Beschäftigung, welche nach den Vorschriften des Landesbeamtenversor- gungsgesetzes als Vordienstzeit (Tz. 7.2) an- erkannt werden kann, in einem Staat des Eu- ropäischen Wirtschaftsraums (EWR) oder der Schweiz geleistet und wurde für den gleichen Zeitraum ein Anspruch auf die Zahlung einer Rente aus der ausländischen Rentenversiche- rung begründet, kann die ruhegehaltfähige Dienstzeit ggf. nur in begrenztem Umfang berücksichtigt werden.

Der Begriff „EWR“ umfasst die Staaten, für die das Europäische Gemeinschaftsrecht gilt.

Dies sind die EU-Staaten Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portu- gal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowe- nien, Spanien, Tschechien, Ungarn und Zypern (griechischer Teil) sowie Island, Liech- tenstein und Norwegen.

8. Ruhegehaltssatz

8.1 Ermittlung des Ruhegehaltssatzes

Der Ruhegehaltssatz ermittelt sich grundsätz- lich aus der Summe der ruhegehaltfähigen Dienstzeiten. Er beträgt für jedes Jahr ruhe- gehaltfähiger Dienstzeit 1,79375 vom Hundert (v.H.), insgesamt höchstens 71,75 v.H. Der Ruhegehaltssatz ist auf zwei Dezimalstellen auszurechnen (§ 24 Abs. 1 LBeamtVG).

Für die Ermittlung des Ruhegehaltssatzes bei Dienstunfallversorgung bestehen Sondervor- schriften (vgl. Tz. 11).

8.2 Mindestversorgung

Das Ruhegehalt beträgt mindestens 35 v.H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge. Wenn dies günstiger ist, beträgt das Ruhegehalt jedoch 65 v.H. der ruhegehaltfähigen Dienst- bezüge aus der Besoldungsgruppe A 4 Stu- fe 7; zuzüglich eines Erhöhungsbetrages (§ 24 Abs. 3 LBeamtVG).

8.3 Besitzstandsregelung für am 31.12.1991 vorhandene Beamte

§ 90 Abs. 3 bis Abs. 5 LBeamtVG regeln die Bemessung des Ruhegehaltssatzes für Be- amte, die aus einem Beamtenverhältnis in den Ruhestand treten oder versetzt werden, dass bereits am 31.12.1991 bestanden hat.

Der Ruhegehaltssatz nach der Besitzstands- regelung ist immer dann zugrunde zu legen, wenn er höher ist, als der nach aktuellem Ver- sorgungsrecht ermittelte Ruhegehaltssatz.

Der zustehende Ruhegehaltssatz wird in zwei Schritten ermittelt:

8.3.1 Ruhegehaltssatz zum Stichtag "31.12.1991"

Nach der Besitzstandsregelung bleibt der bis zum 31.12.1991 erreichte Ruhegehaltssatz gewahrt. Der Ruhegehaltssatz beträgt bis zur Vollendung einer zehnjährigen ruhegehaltfä- higen Dienstzeit 33,48345 v.H. und steigert sich mit jedem Dienstjahr bis zum vollendeten fünfundzwanzigsten Dienstjahr um 1,91333 Prozentpunkte, von da ab um 0,95667 Pro- zentpunkte je Dienstjahr, bis zum Höchstsatz von 71,75 v.H.

Ein Rest der ruhegehaltfähigen Dienstzeit von mehr als 182 Tagen gilt als vollendetes Dienstjahr.

8.3.2 Ruhegehaltssatz unter Einbezie- hung der ruhegehaltfähigen Dienst- zeiten ab 01.01.1992

Der zum Stichtag "31.12.1991" ermittelte Ru- hegehaltssatz steigert sich in der Folgezeit um 0,95667 v.H. für jedes weitere ruhegehalt- fähige Dienstjahr. Beträgt die ruhegehaltfä- hige Dienstzeit bis zum 31.12.1991 keine zehn Jahre, bleibt die ruhegehaltfähige Dienstzeit

ab dem 01.01.1992 bis zur Vollendung der zehn Jahre außer Ansatz.

Der Steigerungssatz ab dem 01.01.1992 ist auf zwei Dezimalstellen auszurechnen.

Der Ruhegehaltsatz darf insgesamt 71,75 v.H. nicht übersteigen.

8.4 Versorgungsabschlag

8.4.1 Minderung des Ruhegehaltes

Nach § 24 Abs. 2 LBeamtVG vermindert sich das Ruhegehalt (nicht der Ruhegehaltssatz) um 3,6 v.H. für jedes Jahr, um das der Beamte

1. vor Ablauf des Monats, in dem die Altersgrenze nach § 37 Abs. 1 Landesbeamten-gesetz (LBG) erreicht wird, auf Antrag (§ 39 Abs. 1 LBG / 63. Lebensjahr) in den Ruhestand versetzt wird,
2. vor Ablauf des Monats, in dem das 63. Lebensjahr vollendet wird, auf Antrag wegen Schwerbehinderung (§ 39 Abs. 2 LBG / Grad der Behinderung mind. 50 v.H., § 2 Abs. 2 Sozialgesetzbuch IX) in den Ruhestand versetzt wird,
3. vor Ablauf des Monats, in dem das 63. Lebensjahr vollendet wird, wegen Dienstunfähigkeit, die nicht auf einem Dienstunfall beruht (§ 26 Beamtenstatus-gesetz), in den Ruhestand versetzt wird.

Die Minderung des Ruhegehaltes darf 10,8 v.H. nicht übersteigen.

Für Beamte mit einer **besonderen Altersgrenze** (z.B. Vollzugsdienst der Polizei [§ 111 LBG], Feuerwehr [§ 117 LBG] und Justizvollzugsdienst [§ 118 LBG]) tritt im Falle der Ruhestandsversetzung wegen **Dienstunfähigkeit** oder **Schwerbehinderung** die besondere Altersgrenze an die Stelle des 63. Lebensjahres.

8.4.2 Wegfall Versorgungsabschlag bei Ruhestandsversetzung wegen Schwerbehinderung

Ein Versorgungsabschlag wird nicht erhoben, wenn der Beamte vor dem 16. November 1950 geboren wurde und am 16. November 2000 schwerbehindert (Grad der Behinderung

mind. 50 v.H., § 2 Abs. 2 Sozialgesetzbuch IX) war und nach § 39 Abs. 2 LBG in den Ruhestand versetzt wird.

9. Vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltssatzes nach § 25 LBeamtVG

Nach § 25 LBeamtVG erhöht sich der nach den sonstigen Vorschriften berechnete Ruhegehaltssatz vorübergehend, wenn der Beamte vor Erreichen der Regelaltersgrenze in den Ruhestand getreten ist und er

1. bis zum Beginn des Ruhestandes die Wartezeit von 60 Kalendermonaten für eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt hat,
2. a) wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt wurde oder
b) wegen Erreichens einer besonderen Altersgrenze in den Ruhestand getreten ist,
3. einen Ruhegehaltssatz von 66,97 v.H. noch nicht erreicht hat und
4. keine Einkünfte im Sinne des § 73 Abs. 4 bezieht. Durchschnittliche monatliche Einkünfte, die den Betrag von 470 Euro nicht überschreiten, bleiben außer Betracht.

Berücksichtigungsfähige Einkünfte sind:

Erwerbseinkommen aus nicht-selbständiger Arbeit einschließlich Abfindungen, sowie Einkünfte aus selbständiger Arbeit, Gewerbebetrieb und Land- und Forstwirtschaft. Nicht zu den Einkünften zählen u.a. Aufwandsentschädigungen und Unfallausgleich.

Erwerb ersatz Einkommen, die auf Grund oder in entsprechender Anwendung öffentlich-rechtlicher Vorschriften kurzfristig erbracht werden, um Erwerbseinkommen zu ersetzen.

Hierzu zählen z.B. Arbeitslosengeld, Winterausfallgeld, Konkursausfallgeld, Verletzungsgeld, Krankengeld, Kurzarbeitergeld, Insolvenzgeld, Elterngeld, Mutterschaftsgeld, Versorgungskrankengeld, Übergangsgeld (u. a. §§ 60, 61 LBeamtVG), vergleichbare Leistungen (z. B. Überbrückungsgeld der Seemannskassen od. Übergangsleistungen nach § 3 Abs. 2 der Berufskrankheiten-Verordnung).

Erfolgt die Zahlung der Einkünfte nicht in Monatsbeträgen, ist das Einkommen des Kalenderjahres durch 12 Monate zu teilen und anzusetzen.

Die Erhöhung nach § 25 LBeamtVG beträgt 0,95667 v.H. für je 12 Kalendermonate der für die Erfüllung der Wartezeit anrechnungsfähigen **Pflicht**versicherungszeiten, soweit sie bis zum Beginn des Ruhestandes zurückgelegt wurden, diese Zeiten nicht bei der Ermittlung der verschiedenen Arten des Kindererziehungszuschlags erfasst werden und nicht als ruhegehaltfähig berücksichtigt worden sind, bis zum Höchstsatz von 66,97 v.H.

Verbleibende Monate von weniger als einem Jahr werden unter Benutzung des Nenners >12< umgerechnet (z.B. anrechenbar = 3 Jahre 4 Monate, Erhöhungssatz hieraus = 3,32 v.H.).

Die vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltssatzes erfolgt nur auf schriftlichen Antrag des Beamten.

Bei Beantragung der vorübergehenden Erhöhung innerhalb von drei Monaten nach Eintritt des Beamten in den Ruhestand, beginnt eine etwa zustehende Erhöhung mit dem Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand. Erfolgt die Beantragung nach der oben beschriebenen Frist, wird eine Erhöhung mit dem Ersten des Antragsmonats wirksam.

Die Erhöhung fällt spätestens mit Ablauf des Monats weg, in dem der Ruhestandsbeamte die Regelaltersgrenze nach § 37 Abs. 1 Satz 1 LBG erreicht.

Sie endet vorher,

- wenn dem Ruhestandsbeamten eine eigene Rente gewährt wird oder
- er nicht mehr dienstunfähig ist bzw.
- Einkünfte der oben genannten Art in Höhe von mehr als 470 Euro (durchschnittlich monatlich) bezieht.

§ 25 LBeamtVG findet bei der Bemessung der Hinterbliebenenversorgung keine Anwendung.

10. Kindererziehungs- und -pflegeleistungen

10.1 Kindererziehungszuschlag (KEZ) (§ 66 Abs. 1 LBeamtVG)

Für Kinder, die nach dem 31.12.1991 bzw. vor dem 01.01.1992 außerhalb eines Beamten-

verhältnisses geboren wurden, bestimmt § 66 LBeamtVG die Zahlung eines Kindererziehungszuschlages.

Die Berücksichtigung der Kindererziehungszeit als ruhegehaltfähige Dienstzeit (Tz. 7.7) entfällt.

Die maßgebliche Erziehungszeit beginnt mit Ablauf des Monats, in dem das Kind geboren wurde und endet mit Ablauf des Monats, in welchem das Kind 12 Monate (bei Geburt vor dem 01.01.1992) bzw. 36 Monate (bei Geburt nach dem 31.12.1991) alt wird.

Als Kindererziehungszeit kommen sowohl Zeiten eines Erziehungsurlaubs als auch einer Teilzeit- oder Vollzeitbeschäftigung in Betracht.

Beim Zusammentreffen der Erziehungszeit mit einer ruhegehaltfähigen Dienstzeit ist jedoch die Höchstbetragsberechnung nach § 66 Abs. 4 LBeamtVG zu beachten.

Für Kinder, die nach dem 31.12.1991 geboren wurden, gilt das Zuordnungsprinzip der Vorschrift des § 56 Abs. 2 Sozialgesetzbuch VI.

Danach ist die Kindererziehungszeit dem Elternteil zuzuordnen, der das Kind erzogen hat. Haben die Eltern ihr Kind gemeinsam erzogen, werden die Kindererziehungszeiten grundsätzlich der Mutter zugeordnet.

Die Eltern können jedoch durch eine übereinstimmende Erklärung während der Kindererziehungszeit bestimmen, dass die Erziehungszeit dem Vater zugeordnet wird.

Die Zuordnungserklärung, die auch auf bestimmte Teile des Erziehungsurlaubs beschränkt werden kann, gilt mit Wirkung für künftige Kalendermonate; sie kann aber auch (soweit kein Leistungsentscheid oder Versorgungsausgleich vorliegt) rückwirkend für zwei Kalendermonate vor Abgabe der Erklärung erfolgen.

Die Erklärung ist bei Beschäftigung im Beamtenverhältnis sowohl gegenüber der zuständigen Personaldienststelle (zu den Personalakten) als auch gegenüber dem für den anderen Elternteil unter Umständen zuständigen Deutschen Rentenversicherungsträger (z.B. DRV-Bund) abzugeben.

Ist der andere Elternteil ebenfalls Beamter, ist die Zuordnungserklärung auch gegenüber dessen Personaldienststelle abzugeben.

Die Zahlung eines Kindererziehungszuschlages zum Ruhegehalt erfolgt auch nur dann, wenn die Kindererziehung bei keinem Elternteil **rentenrechtlich** berücksichtigt wird.

Berechnet sich das Ruhegehalt bereits nach dem Höchsthundertsatz von 71,75 v.H. oder wurde das Kind während des Ruhestandes geboren, ist die Zahlung eines Kindererziehungszuschlages zum Ruhegehalt gleichfalls ausgeschlossen.

Die Berechnung eines Kindererziehungszuschlages nach Maßgabe der oben zitierten beamtenrechtlichen Bestimmungen ist im Hinblick auf die Höchstgrenzenregelung **bei informatorischen Berechnungen** ruhegehaltfähiger Dienstzeiten **nicht möglich**.

10.2 Kindererziehungsergänzungszuschlag (KEEZ) nach § 66 Abs. 6 LBeamtVG

Neben dem Ruhegehalt erhält ein Versorgungsempfänger einen Kindererziehungsergänzungszuschlag für Zeiten nach dem 31.12.1991, in denen ein Kind bis zum 10. Lebensjahr erzogen oder ein pflegebedürftiges Kind bis zum 18. Lebensjahr nicht erwerbsmäßig gepflegt wurde.

Voraussetzung ist, dass während dieser Zeiten gleichzeitig ein anderes Kind erzogen wurde oder eine ruhegehaltfähige Dienstzeit im Beamtenverhältnis geleistet worden ist.

Die Zeiten werden auch nur dann berücksichtigt, wenn hierfür kein Anspruch auf Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung besteht. Der Kindererziehungsergänzungszuschlag wird nicht für Zeiten gewährt, für die ein Kindererziehungszuschlag zusteht.

10.3 Pflege- und Kinderpflegeergänzungszuschlag (§ 68 LBeamtVG)

Die Zahlung eines Pflege- und Kinderpflegeergänzungszuschlages ist davon abhängig, dass der Beamte einen Pflegebedürftigen im Sinne der Vorschriften des Sozialgesetzbuches XI nicht erwerbsmäßig mindestens 14 Stunden

wöchentlich in seiner häuslichen Umgebung gepflegt hat.

Der Pflegezuschlag wird für die Zeit gewährt, in der der Beamte wegen der nicht erwerbsmäßigen Pflege eines Pflegebedürftigen in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert war.

Die Gewährung des Kinderpflegeergänzungszuschlages ist nur für Pflegezeiten bis zum Ablauf des Monats, in dem das Kind das 18. Lebensjahr vollendet und nicht neben einem Kindererziehungs- oder Kindererziehungsergänzungszuschlag möglich.

Die Zahlung eines Pflegezuschlages ist ausgeschlossen, wenn die allgemeine Wartezeit von fünf Jahren in der Rentenversicherung erfüllt ist.

10.4 Vorübergehende Gewährung von Zuschlägen (§ 69 LBeamtVG)

Die Zuschläge für Kindererziehung und Pflege der vorstehenden Tzn. 10.1 bis 10.3 können bei einem vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand auf Antrag als vorübergehende Zuschläge zum Ruhegehalt gezahlt werden, wenn

- entsprechende Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung dem Grunde nach zustehen, jedoch vor dem Erreichen der maßgebenden Altersgrenze noch nicht gewährt werden,
- etwaiges Erwerbseinkommen neben der Versorgung durchschnittlich einen monatlichen Betrag von 470,00 Euro nicht überschreitet,
- eine Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit oder aufgrund Erreichens einer besonderen Altersgrenze erfolgt ist,
- ein Ruhegehaltsatz von 66,97 v.H. nicht erreicht ist.

11. Dienstunfallversorgung

11.1 Unfallruhegehalt

Wird ein Beamter infolge eines Dienstunfalls dienstunfähig und ist er aus diesem Grunde in den Ruhestand versetzt worden, so erhält er ein Unfallruhegehalt.

Beim Unfallruhegehalt erhöht sich der Ruhegehaltssatz, der sich bei einer Normalversorgung ergeben würde, um 20,00 v.H.; mindestens werden 66 2/3 v.H. als Ruhegehaltssatz gewährt. Nach oben ist das Unfallruhegehalt auf 71,75 v.H. begrenzt.

Mit dem Inkrafttreten des LBeamtVG wurde der Ruhegehaltssatz für das Unfallruhegehalt von ursprünglich 75,00 v.H. auf nunmehr 71,75 v.H. begrenzt. Hierdurch erfährt auch das Unfallruhegehalt eine Anpassung des Versorgungsniveaus. Auf neu festzusetzende Unfallruhegehälter ab dem 01.07.2013 findet der Höchstruhegehaltssatz von 71,75 v.H. Anwendung. Bestandsfälle werden ab dem 01.01.2015 auf 71,75 v.H. abgesenkt. Sofern sich hierdurch eine Verringerung der Dienstbezüge ergibt, wird ein entsprechender Ausgleichsbetrag gewährt, der im Rahmen von Bezügeanpassungen abzuschmelzen ist.

11.2 Erhöhtes Unfallruhegehalt

Erleidet ein Beamter bei Ausübung einer Diensthandlung, mit der eine besondere Lebensgefahr verbunden ist, infolge dieser Gefährdung einen Dienstunfall, der zur Versetzung in den Ruhestand führt, so sind bei der Bemessung des Unfallruhegehaltes 80,00 v.H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der übernächsten Besoldungsgruppe zugrunde zu legen (erhöhtes Unfallruhegehalt).

Voraussetzung ist, dass der Beamte im Zeitpunkt des Beginns des Ruhestandes in seiner Erwerbsfähigkeit um mindestens 50,00 v.H. beschränkt ist.

11.3 Zurechnungszeit bei Dienstunfallversorgung

Bei der Ermittlung der ruhegehaltfähigen Dienstzeiten zur Festsetzung eines Unfallruhegehaltes wird die Zurechnungszeit (§ 21 LBeamtVG) nur mit der Hälfte der Zurechnungszeit einer Normalversorgung berücksichtigt.

11.4 Weitere dienstunfallbedingte Leistungen

Im Rahmen der Unfallfürsorge besteht neben dem Unfallruhegehalt Anspruch auf folgende Leistungen:

- Ein beim Eintritt in den Ruhestand zu zahlender Unfallausgleich wird neben dem Ruhegehalt weitergewährt.
- Die Kosten eines dienstunfallbedingten Heilverfahrens werden im Rahmen der Heilverfahrensverordnung erstattet.
- Liegt aufgrund des Dienstunfalls Hilflosigkeit vor, werden die Kosten der notwendigen Pflege in angemessenem Umfang erstattet oder auf Antrag neben dem Unfallruhegehalt für die Dauer der Hilflosigkeit ein Zuschlag bis zum Erreichen der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge gewährt.
- Neben den Versorgungsbezügen wird eine einmalige Unfallschädigung gezahlt, wenn der Beamte bei dem Dienstunfall sein Leben eingesetzt hat und als Folge des Unfalles in seiner Erwerbsfähigkeit bei Beginn des Ruhestandes um mindestens 50 v.H. beeinträchtigt ist oder er an den Folgen des Dienstunfalls verstorben ist.

12. Ruhen der Versorgungsbezüge (§§ 73 bis 76 LBeamtVG)

12.1 Vorbehalt bei Bezug von Einkünften

Die Festsetzung der Versorgungsbezüge steht hinsichtlich der Ruhensregelungsvorschriften gem. §§ 73 bis 76 LBeamtVG unter einem "immanenten gesetzlichen Vorbehalt".

Die Versorgungsbehörde kann zum Zeitpunkt der Festsetzung der Versorgungsbezüge meist nicht voraussehen, ob später anderweitige Einkünfte des Versorgungsempfängers zu einem Ruhen der Versorgungsbezüge führen. Deshalb erfolgt die Zahlung der Versorgungsbezüge von Anfang an unter dem Vorbehalt einer nachträglichen Anrechnung von Einkünften.

Wird der Versorgungsbehörde nach der Festsetzung der Versorgungsbezüge bekannt, dass der Versorgungsempfänger anderweitige Einkünfte hat, werden die Einkünfte gem. §§ 73 bis 76 LBeamtVG rückwirkend auf die

Versorgungsbezüge angerechnet. Die überzahlten Versorgungsbezüge sind vom Versorgungsempfänger zurückzuzahlen.

12.2 Anrechnung von Erwerbs- und Erwerbseinkommen (§ 73 LBeamtVG)

Bezieht ein Versorgungsberechtigter ein Erwerbs- oder Erwerbseinkommen, werden seine Versorgungsbezüge gekürzt, soweit Versorgung und die genannten Einkünfte die in der Vorschrift des § 73 LBeamtVG bezeichnete Höchstgrenze überschreiten.

Nach Ablauf des Monats, in dem der Versorgungsempfänger die Regelaltersgrenze (§ 37 Abs. 1 LBG) erreicht, werden nur noch Erwerbseinkommen aus Verwendungen im öffentlichen Dienst bei der Ruhensregelung berücksichtigt.

12.2.1 Verwendung im öffentlichen Dienst

Eine Verwendung im öffentlichen Dienst ist jede Beschäftigung bei Bund, Ländern und Gemeinden sowie den sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des deutschen öffentlichen Rechts oder ihrer Verbände. Dem gleich steht die Verwendung im öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung, wenn eine Körperschaft oder ein Verband im Sinne des vorstehenden Satzes durch Zahlung von Beiträgen oder Zuschüssen an dieser beteiligt ist.

Eine Verwendung liegt dann vor, wenn ein abhängiges, weisungsgebundenes Dienst- oder Arbeitsverhältnis im weitesten Sinne besteht. Gleichgestellt ist auch der Dienst bei einem Bundesunternehmen nach dessen Privatisierung (Nachfolgeunternehmen der Bundesbahn, Bundespost oder Bundesanstalt für Flugsicherung).

Je nach Gestaltung der Verträge kann es sich bei Lehraufträgen an Universitäten und Fachhochschulen um eine Verwendung im öffentlichen Dienst handeln.

Eine Beschäftigung bei öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihren Verbänden gilt **nicht** als Verwendung im öffentlichen Dienst.

Ob es sich bei einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung um einen öffentlichen Arbeitgeber handelt, wird im Zweifelsfall von dem LfF geprüft.

12.2.2 Erwerbs- und Erwerbseinkommen

Erwerbseinkommen

im Sinne der Regelungsvorschrift sind Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes einschließlich Abfindungen, Einkünfte aus selbständiger Arbeit, aus Gewerbebetrieb und aus Land- und Forstwirtschaft. Als Erwerbseinkommen gelten auch Gewinne aus Kapitalgesellschaften, in denen Versorgungsberechtigte ohne angemessene Vergütung tätig sind, soweit die Gewinne auf die Tätigkeit entfallen.

Aufwandsentschädigungen und Unfallausgleich gelten **nicht** als Erwerbseinkommen.

Zu berücksichtigen sind ferner als Erwerbseinkommen aus nichtselbständiger Tätigkeit alle Leistungen, die Arbeitslohn darstellen, z.B. Urlaubs-/ Weihnachtsgelder, Überstundenvergütungen, vermögenswirksame Leistungen oder bei Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Zuschuss des Arbeitgebers zur Zusatzversorgungskasse.

Dabei kommt es nicht darauf an, ob der Arbeitslohn steuerpflichtig oder steuerfrei ist. Davon abzusetzen sind die mit dem Erwerbseinkommen in Zusammenhang stehenden und nachgewiesenen Werbungskosten (§ 9 EStG), mindestens der Arbeitnehmer-Pauschbetrag (§ 9a EStG).

Einkünfte aus sog. "Minijobs" sind nicht um Werbungskosten zu verringern. Bei der Pauschalversteuerung wird die finanzielle Belastung des Steuerpflichtigen bereits durch die Anwendung eines geringeren Steuersatzes berücksichtigt.

Bei den übrigen Einkunftsarten ist als anzurechnendes Einkommen der steuerliche Gewinn zu berücksichtigen.

Erwerbseinkommen

sind Leistungen, die kurzfristig erbracht werden, um Erwerbseinkommen zu erset-

zen. Hierzu zählen z.B. Arbeitslosengeld, Winterausfallgeld, Konkursausfallgeld, Verletzungsgeld, Krankengeld, Kurzarbeitergeld, Insolvenzgeld, Elterngeld, Mutterschaftsgeld, Versorgungskrankengeld, Übergangsgeld (u. a. §§ 60, 61 LBeamtVG), vergleichbare Leistungen (z. B. Überbrückungsgeld der Seemannskassen od. Übergangsleistungen nach § 3 Abs. 2 der Berufskrankheiten-Verordnung).

Bei Renten der Rentenversicherungen und Zusatzrenten handelt es sich ebenfalls um Erwerbsersatzeinkommen. Diese unterliegen jedoch der Ruhensregelung des § 75 LBeamtVG (vgl. Tz. 12.4).

12.2.3 Einkünfte aus schriftstellerischer, wissenschaftlicher oder künstlerischer Nebentätigkeit

Anrechnungsfrei bleiben Einkünfte aus schriftstellerischer, wissenschaftlicher oder künstlerischer Tätigkeit und der damit verbundenen Vortragstätigkeit, soweit dabei der Umfang einer im aktiven Dienst zulässigen, genehmigungsfreien Nebentätigkeit nicht überschritten wird (§ 73 Abs. 4 S. 3 LBeamtVG).

Die Feststellung, ob es sich um anrechnungsfreies Erwerbseinkommen handelt, wird von dem LfF getroffen.

12.2.4 Höchstgrenzen

Als Höchstgrenzen i.S. des § 73 Abs. 2 LBeamtVG gelten

- für Ruhestandsbeamte und Witwen die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet, mindestens der Betrag des Eineinhalbfachen der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Stufe 7 der Besoldungsgruppe A 4 (Mindestkürzungsgrenze),
- für Waisen 40 vom Hundert der Höchstgrenze, die für Ruhestandsbeamte und Witwen gilt,
- für Ruhestandsbeamte, die wegen Dienstunfähigkeit, die nicht auf einem Dienstunfall beruht, oder

wegen Schwerbehinderung in den Ruhestand versetzt wurden, bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze

71,75 v.H. der Höchstgrenze für Ruhestandsbeamte und Witwen zuzüglich eines Betrages von 470 Euro.

Die jeweilige Höchstgrenze erhöht sich um den kinderbezogenen Familienzuschlag (Unterschiedsbetrag § 64 Abs. 2 LBeamtVG).

12.2.5 Mindestbelassung

Dem Versorgungsempfänger sind – unabhängig von der Höhe des erzielten Einkommens – grundsätzlich 20 v. H. der vor Anwendung des § 73 LBeamtVG zustehenden Versorgungsbezüge zu belassen (Mindestbelassung).

Dies gilt nicht, wenn ein Einkommen aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst erzielt wird, das mindestens aus derselben Besoldungsgruppe oder einer vergleichbaren Vergütungsgruppe berechnet wird, aus der sich auch die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bestimmen.

12.3 Zusammentreffen mehrerer Versorgungsbezüge (§ 74 LBeamtVG)

Hat ein Versorgungsempfänger Anspruch auf mehrere Versorgungsbezüge, wird der aus dem älteren Anspruch herrührende (frühere) Versorgungsbezug gekürzt, soweit die Gesamtversorgung die gesetzlich bestimmte Höchstgrenze überschreitet.

12.3.1 Höchstgrenzen

Beim Zusammentreffen von mehreren Ruhegehältern oder Witwen-/Waisengeldern wird gem. § 74 Abs. 2 Nr.1 und Nr.2 LBeamtVG eine Höchstgrenze aus den gesetzlich bestimmten, ruhegehaltfähigen Dienstzeiten und den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet, ermittelt.

Beim Zusammentreffen von Witwengeld und Ruhegehalt richtet sich die Höchstgrenze gem. § 74 Abs. 2 Nr. 3, Abs. 4 LBeamtVG nach dem Ruhegehalt, das dem Witwengeld zugrunde liegt. Der hierbei zu berücksichti-

gende Ruhegehaltssatz beträgt 71,75 v. H.; außerdem sind die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe zugrunde zu legen.

Die jeweilige Höchstgrenze erhöht sich um den kinderbezogenen Familienzuschlag (Unterschiedsbetrag § 64 Abs. 2 LBeamtVG).

12.3.2 Mindestbelassung

Beim Zusammentreffen von Witwengeld (= älterer Bezug) mit Ruhegehalt (= neuer Versorgungsbezug), dürfen die Gesamtbezüge nicht hinter dem Betrag zurückbleiben, der sich aus der Addition des Ruhegehaltes (ggfs. incl. eines Unterschiedsbetrages) zuzüglich 20 v. H. des Witwengeldes ergibt.

Erwirbt ein Ruhestandsbeamter (= älterer Bezug) einen Anspruch auf Witwengeld oder eine ähnliche Versorgung (= neuer Bezug), dürfen die Gesamtbezüge nicht hinter dem Ruhegehalt zuzüglich eines Betrages von 20 v.H. des neuen Versorgungsbezuges zurückbleiben.

12.4 Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Renten oder ähnlichen Leistungen (§ 75 LBeamtVG)

Wird neben Versorgungsbezügen eine Rente und / oder eine andere Alterssicherungsleistung bezogen, ruhen die Versorgungsbezüge insoweit, als die Gesamteinkünfte (Versorgungsbezug und Rente/n) die gesetzlich bestimmte Höchstgrenze überschreiten.

12.4.1 Renten und andere Alterssicherungsleistungen eines inländischen Versicherungsträgers

Folgende Alterssicherungsleistungen führen zu einer Ruhensregelung nach § 75 LBeamtVG:

- Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen (Deutsche Rentenversicherung, früher: BfA, LVA, Bundesknappschaft, Seekasse, Bahnversicherungsanstalt),
- Renten aus den zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgungen für Angehörige des öffentlichen Dienstes (z.B. der VBL oder einer Zusatzversorgungskasse),
- Renten nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte,

- Renten aus der gesetzlichen Unfallversicherung,
- Leistungen aus einer berufsständischen Versorgungseinrichtung, zu denen der Arbeitgeber auf Grund eines Beschäftigungsverhältnisses im öffentlichen Dienst mindestens die Hälfte der Beiträge oder Zuschüsse geleistet hat (z.B. Ärzteversorgung, Architektenversorgung), oder
- Leistungen aus einer befreienden Lebensversicherung, wenn der Arbeitgeber auf Grund eines Beschäftigungsverhältnisses im öffentlichen Dienst mindestens die Hälfte der Beiträge oder Zuschüsse in dieser Höhe geleistet hat,
- sonstige Leistungen, die aufgrund einer Berufstätigkeit oder sonstigen Tätigkeit als Altersversorgung oder Hinterbliebenenversorgung gewährt werden,
- einmalige Beitragserstattungen, Kapitalleistungen oder Abfindungen anstelle der o.g. Leistungen

Bei einem Ruhestandsbeamten werden

- Hinterbliebenenrenten aus einer Beschäftigung des Ehegatten,

bei Witwen und Waisen werden

- die Renten auf Grund einer eigenen Beschäftigung

nicht berücksichtigt.

12.4.2 Nicht oder verspätet beantragte Leistungen, Rentenverzicht

Wird eine der vorstehenden Leistungen nicht beantragt oder auf sie verzichtet, so wird der Betrag, der ansonsten vom Leistungsträger laufend zu zahlen wäre, im Rahmen einer fiktiven Rentenrechnung berücksichtigt.

Das Gleiche gilt, wenn eine der o.g. Leistungen zu spät beantragt wird; hier erfolgt eine fiktive Anrechnung der Rente auch für den Zeitraum, in dem vom Leistungsträger keine Leistungen wegen der verspäteten Antragstellung erbracht worden sind.

12.4.3 Beitragserstattung, Kapitalleistung oder Abfindung

Wird eine Beitragserstattung, Kapitalleistung oder Abfindung an Stelle einer Rentenleistung gezahlt, so ist bei der Ruhensregelung fiktiv der Betrag zu berücksichtigen, der vom Leistungsträger laufend zu zahlen wäre. Die Ruhensregelung der Versorgungsbezüge bei Gewährung einer Beitragserstattung, Kapitalleistung oder Abfindung kann abgewendet werden, wenn der Versorgungsempfänger innerhalb von drei Monaten nach Zufluss den gezahlten Betrag zuzüglich der hierauf gewährten Zinsen an den Dienstherrn abführt.

12.4.4 Renten ausländischer Versicherungsträger

Der Grundsatz des § 75 LBeamtVG, dass beim Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Renten der gesetzlichen und zusätzlichen Rentenversicherung die Versorgungsbezüge nur bis zum Erreichen der in dieser Bestimmung genannten Höchstgrenze gezahlt werden, gilt nach Maßgabe des § 75 Abs. 6 LBeamtVG auch für Renten ausländischer Versicherungsträger.

Die Renten ausländischer Versicherungsträger sind deutschen Renten gleichgestellt, wenn sie zum Geltungsbereich der überstaatlichen Rechtsvorschriften oder einer zwischenstaatlichen Übereinkunft gerechnet werden. Der Berechtigte einer ausländischen Rente muss dem sachlichen und persönlichen Geltungsbereich des jeweiligen zwischen- oder überstaatlichen Abkommens unterliegen.

12.4.5 Besonderheiten bei Rentenanwartschaften im EWR-Raum/Schweiz

12.4.5.1 Begründung von Rentenanwartschaften im EWR und der Schweiz

Aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) aus dem Jahre 1998 sind auch die ruhegehaltfähigen Dienstzeiten aus einem deutschen Beamtenverhältnis in den Mitgliedsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR, siehe Tz. 7.9) für die Erfüllung von Rentenanwartschaften zu berücksichtigen.

Die vorgeschriebene Regelung gilt nicht für deutsche Rentenanwartschaften und das Beamtenversorgungssystem.

Zur Vermeidung einer Doppelversorgung kann auf die Feststellung des Rentenanspruchs nicht verzichtet werden.

12.4.5.2 Anrechnung von Renten aus dem EWR und der Schweiz

Werden neben den deutschen Versorgungsbezügen Renten aus einem EWR-Mitgliedsstaat oder der Schweiz gezahlt, bleiben diese Renten im Rahmen der Ruhensregelung des § 75 Abs. 6 LBeamtVG unberücksichtigt, sofern sie von der Dauer zurückgelegter Versicherungs- und Wohnzeiten abhängig sind (Versicherungsbiographie ein und derselben Person).

Ferner sind vom Anrechnungsverbot ausgenommen die Renten eines europäischen Rentenversicherungsträgers, denen fiktive Versicherungs- und Wohnzeiten zugrunde liegen oder als sogenannte Sozialkomponente (z.B. Volksrente u.ä.) geleistet werden.

12.4.6 Höchstgrenze

Nach § 75 Abs. 2 LBeamtVG wird für Ruhestandsbeamte eine Höchstgrenze mit einem Ruhegehaltssatz aus den gesetzlich bestimmten, fiktiven ruhegehaltfähigen Dienstzeiten und den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet, ermittelt.

Für Witwen und Waisen wird die vorgenannte Höchstgrenze entsprechend den Prozentsätzen, die der Hinterbliebenenversorgung zugrunde liegen, gewährt.

Die jeweilige Höchstgrenze erhöht sich um den kinderbezogenen Familienzuschlag (Unterschiedsbetrag § 64 Abs. 2 LBeamtVG).

12.4.7 Zusätzlicher Ruhensbetrag

Das Zusammentreffen einer beamtenrechtlichen Mindestversorgung (vgl. Tz. 8.2) mit einer der genannten Alterssicherungsleistungen kann gem. § 24 Abs. 4 LBeamtVG zu einem

zusätzlichen Ruhensbetrag (neben der Kürzung gem. § 75 LBeamtVG) führen.

12.5 Zusammentreffen eines Versorgungsbezuges mit einer Versorgung aus zwischenstaatlicher und überstaatlicher Verwendung (§ 76 LBeamtVG)

Trifft eine Versorgung nach dem Landesbeamtenversorgungsgesetz mit einer Versorgung aus einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Versorgung zusammen, unterliegt die Versorgung nach dem Landesbeamtenversorgungsgesetz der Ruhensregelung nach § 76 LBeamtVG. Aufgrund der Ruhensregelung kann die Versorgung nach dem Landesbeamtenversorgungsgesetz ganz oder teilweise zum Ruhen kommen.

Die Höhe der Kürzung richtet sich nach der in § 76 LBeamtVG bezeichneten Höchstgrenze und der Dauer der Verwendung im zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Dienst.

Der Kürzungsbetrag darf die von der zwischen- oder überstaatlichen Einrichtung gewährte Versorgung nicht überschreiten.

13 Kürzung der Versorgungsbezüge nach Ehescheidung

13.1 Wirkung des Versorgungsausgleichs

Im Versorgungsausgleich sind die in der Ehezeit erworbenen Anteile von Anrechten (Ehezeitanteile) grundsätzlich jeweils zur Hälfte zwischen den geschiedenen Ehegatten zu teilen.

Ausgleichspflichtige Person ist diejenige, die einen Ehezeitanteil erworben hat. Der ausgleichsberechtigten Person steht die Hälfte des Werts des jeweiligen Ehezeitanteils (Ausgleichswert) zu.

Der Ausgleich bei Ehezeitanteilen rheinland-pfälzischer Landesbeamter oder Richter erfolgt in der Regel durch Begründung eines Anrechts für die ausgleichsberechtigte Person bei einem Träger der gesetzlichen Rentenversicherung.

Dies gilt auch dann, wenn beide Ehegatten im Beamten- oder Richterverhältnis des Landes

Rheinland-Pfalz stehen. Die Höhe des zu Lasten der ausgleichspflichtigen Person festgesetzten Betrags ist der Entscheidung des Familiengerichts zu entnehmen.

13.2 Rechtsvorschriften

Folgende Rechtsvorschriften sind für den Versorgungsausgleich zu beachten:

| Bezeichnung | Abkürzung |
|---|--------------------|
| Landesbeamtenversorgungsgesetz | LBeamtVG |
| Bürgerliches Gesetzbuch | BGB |
| Landesgesetz zur Ersetzung und Ergänzung von Bestimmungen des Beamtenversorgungsgesetzes | BeamtVG ErgG RP |
| Gesetz über den Versorgungsausgleich | VersAusglG |
| Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit | FamFG |

Ein Versorgungsausgleich ist grundsätzlich auch in Fällen der Aufhebung von nach dem 31.12.2004 begründeten Lebenspartnerschaften durchzuführen.

13.3 Fortschreibung des Versorgungsausgleichsbetrags

Der Berechnung des Versorgungsausgleichs sind u.a. die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge zugrunde gelegt worden, die am letzten Tag der Ehezeit maßgebend waren.

Mit Eintritt der Rechtskraft der Entscheidung über den Versorgungsausgleich ist der festgesetzte Betrag bei allgemeinen Erhöhungen der Versorgungsbezüge – rückwirkend vom letzten Tag der Ehezeit an – anzupassen.

13.4 Anpassung vor Eintritt in den Ruhestand

Die Anpassung erfolgt bei jeder Erhöhung oder Verminderung mit den Vomhundertsätzen, die für die in festen Beträgen zu zahlenden Versorgungsbezüge maßgebend sind (§ 81 Abs. 2 Satz 2 LBeamtVG).

Diese Vomhundertsätze sind in der Regel um 0,1 v. H. geringer als die für die allgemeinen Erhöhungen maßgebenden Prozentsätze.

13.5 Anpassung nach Eintritt in den Ruhestand

Der Kürzungsbetrag wird in dem Verhältnis erhöht oder gemindert, in dem sich das Ruhegehalt – vor Anwendung von Ruhens-, Anrechnungs- und Kürzungsvorschriften (z.B. § 75 LBeamtVG) – durch die jeweilige Anpassung erhöht oder mindert (§ 81 Abs. 2 Satz 3 LBeamtVG).

13.6 Zeitpunkt der Kürzung

Eine Kürzung der **Dienstbezüge** findet nicht statt. Ob bereits Leistungen aus dem übertragenen Anrecht an den ausgleichsberechtigten früheren Ehegatten (künftig: ausgleichsberechtigte Person) erbracht werden bzw. erbracht worden sind, ist insoweit unerheblich.

13.7 Eintritt des Kürzungsfalles

Die Kürzung wegen des Versorgungsausgleichs beginnt grundsätzlich mit dem Eintritt in den Ruhestand (§ 81 Abs. 1 LBeamtVG).

13.8 Hinterbliebenenbezüge

Werden nach dem Ableben einer ausgleichspflichtigen Person aus deren Recht Hinterbliebenenbezüge gewährt, unterliegen diese gleichfalls der Kürzung wegen des Versorgungsausgleichs. Der Kürzungsbetrag entspricht den Anteilssätzen der Hinterbliebenenbezüge (§ 81 Abs. 3 LBeamtVG). Für Witwen / Witwer beträgt dieser Anteilssatz 60 v. H. / 55 v. H.; bei Waisen kommt der Vorphundertatz zur Anwendung, der dem Waisengeld zu Grunde liegt (Halbwaise: 12 v. H., Vollwaise: 20 v. H., bei Dienstunfallversorgung: 30 v. H.).

13.9. Abwenden der Kürzung der Versorgungsbezüge (Kapitalisierung)

Die Kürzung der Versorgungsbezüge kann von der ausgleichspflichtigen Person (nicht jedoch von den Hinterbliebenen) ganz oder teilweise durch Zahlung eines Kapitalbetrages abgewendet werden (§ 82 LBeamtVG).

Dieser Kapitalbetrag entspricht dem Betrag, der zur Begründung einer Rentenanwartschaft

in Höhe der durch die Entscheidung des Familiengerichts begründeten Anwartschaft als Beitrag zu leisten gewesen wäre. Hierfür sind – die Rentenanwartschaften in Entgeltpunkte (EP) umzuwandeln und – die Entgeltpunkte in Beiträge umzurechnen.

13.10. Anpassung und Abänderung nach Rechtskraft

Das Gesetz über den Versorgungsausgleich (VersAusglG) ermöglicht als eine den Versorgungsausgleich ergänzende Regelung dessen vorübergehende oder dauerhafte Korrektur. Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich auf die Auswirkungen auf den Versorgungsausgleich in besonderen Fällen:

Bitte beachten Sie, dass sich alle nachstehenden Anpassungen und Änderungen grds. erst ab dem Monatsersten nach der Antragstellung auswirken.

13.10.1 Tod der ausgleichsberechtigten Person (§§ 37, 38 VersAusglG)

Verstirbt die ausgleichsberechtigte Person und hat diese die Versorgung aus dem im Versorgungsausgleich erworbenen Anrecht nicht länger als 36 Monate bezogen, werden die Versorgungsbezüge der ausgleichspflichtigen Person auf Antrag nicht länger gekürzt. Antragsberechtigt ist die ausgleichspflichtige Person.

Über den Antrag entscheidet das LfF als Versorgungsträger.

13.10.2 Anpassung wegen Unterhalt (§§ 33, 34 VersAusglG)

Die Kürzung des Ruhegehalts wird auf Antrag vorübergehend ausgesetzt, solange die ausgleichsberechtigte Person

- aus einem im Versorgungsausgleich erworbenen Anrecht noch keine Leistungen erhalten kann **und**
- sie gegen die ausgleichspflichtige Person ohne die Kürzung durch den Versorgungsausgleich einen gesetzlichen Unterhaltsanspruch hätte.

Die Kürzung ist in Höhe des Unterhaltsanspruchs auszusetzen, höchstens jedoch in

Höhe der Differenz der beiderseitigen Ausgleichswerte aus denjenigen Anrechten, aus denen die ausgleichspflichtige Person eine laufende Versorgung bezieht. Fließen der ausgleichspflichtigen Person mehrere Versorgungen zu, ist nach billigem Ermessen zu entscheiden, welche Kürzung ausgesetzt wird.

Über den Antrag entscheidet das zuständige Familiengericht.

Liegt eine der genannten Voraussetzungen nicht mehr vor, ist die Kürzung der Versorgungsbezüge wieder aufzunehmen.

Rückforderungsvorbehalt nicht gekürzter Versorgungsbezüge

Soweit die Kürzung des Versorgungsbezuges des Ausgleichspflichtigen unterbleibt, steht die Zahlung des Versorgungsbezuges für den Fall rückwirkender oder erst nachträglich bekannt gewordener Rentengewährung an den berechtigten Ehegatten unter dem Vorbehalt der Rückforderung.

13.10.3 Anpassung wegen Invalidität der ausgleichspflichtigen Person oder einer für sie geltenden besonderen Altersgrenze (§§ 35, 36 VersAusglG)

Die Kürzung des Ruhegehalts wird auf Antrag ausgesetzt, solange die ausgleichspflichtige Person eine laufende Versorgung wegen Invalidität oder Erreichens einer besonderen Altersgrenze erhält und sie aus einem im Versorgungsausgleich erworbenen Anrecht keine Leistung beziehen kann (§ 35 Abs. 1 VersAusglG), wenn diese Kürzung am Ende der Ehezeit mindestens zwei Prozent der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Abs. 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch betragen hat. Die Kürzung ist höchstens in Höhe der Ausgleichswerte aus denjenigen Anrechten im Sinne des § 32 VersAusglG auszusetzen, aus denen die ausgleichspflichtige Person keine Leistung bezieht.

Antragsberechtigt ist die ausgleichspflichtige Person.

Über den Antrag entscheidet das LfF als Versorgungsträger, bei dem das auf Grund des Versorgungsausgleichs gekürzte Anrecht besteht.

13.11 Abänderung von Entscheidungen über den Versorgungsausgleich durch das Familiengericht (§§ 51, 52 VersAusglG in Verbindung mit den §§ 225, 226 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG))

Unter bestimmten Voraussetzungen entscheidet das Familiengericht **auf Antrag** erneut über den Versorgungsausgleich. Antragsberechtigt sind die geschiedenen Ehegatten, deren Hinterbliebene und die Versorgungsträger.

13.12. Rückforderungsvorbehalt nicht gekürzter Versorgungsbezüge

Soweit die Kürzung des Versorgungsbezuges des Ausgleichspflichtigen unterbleibt, steht die Zahlung des Versorgungsbezuges für den Fall rückwirkender oder erst nachträglich bekannt gewordener Rentengewährung unter dem Vorbehalt der Rückforderung.

14. Erwerbstätigkeit von Ruhestandsbeamten / früheren Beamten (§ 54 LBG mit § 41 Beamtenstatusgesetz - BeamStG)

Durch das Landesgesetz zur Begrenzung von Nebentätigkeiten vom 27.10.1986 (GVBl. S. 286) ist die Vorschrift des § 77 (vormals § 77a) in das Landesbeamtengesetz (LBG) neu eingefügt worden.

Die Vorschrift, die sich mit dem Nebentätigkeitsrecht der Ruhestandsbeamten befasst, kann für Sie von Bedeutung sein.

14.1 Gesetzeswortlaut des § 54 LBG

Tätigkeit nach Beendigung des Beamtenverhältnisses

(1) Die Anzeigepflicht nach § 41 Satz 1 BeamStG besteht in den Fällen des § 25 BeamStG innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren und im Übrigen von fünf Jahren nach Beendigung des Beamtenverhältnisses.

(2) Maßgebend für die Anzeigepflicht nach § 41 Satz 1 BeamtStG ist ein Zusammenhang der Erwerbstätigkeit oder sonstigen Beschäftigung mit der dienstlichen Tätigkeit innerhalb der letzten fünf Jahre vor Beendigung des Beamtenverhältnisses.

14.2 Gesetzeswortlaut des § 41 BeamtStG

Tätigkeit nach Beendigung des Beamtenverhältnisses

Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte sowie frühere Beamtinnen mit Versorgungsbezügen und frühere Beamte mit Versorgungsbezügen haben die Ausübung einer Erwerbstätigkeit oder sonstigen Beschäftigung außerhalb des öffentlichen Dienstes, die mit der dienstlichen Tätigkeit innerhalb eines Zeitraums, dessen Bestimmung dem Landesrecht vorbehalten bleibt, im Zusammenhang steht und durch die dienstliche Interessen beeinträchtigt werden können, anzuzeigen. Die Erwerbstätigkeit oder sonstige Beschäftigung ist zu untersagen, wenn zu besorgen ist, dass durch sie dienstliche Interessen beeinträchtigt werden. Das Verbot endet spätestens mit Ablauf von fünf Jahren nach Beendigung des Beamtenverhältnisses.

14.3 Prüfungs- und Anzeigepflicht

Der Ruhestandsbeamte, der eine Beschäftigung oder Erwerbstätigkeit aufnimmt, ist verpflichtet, selbst sorgfältig zu prüfen, ob bei einer Tätigkeit dienstliche Interessen beeinträchtigt werden können und damit Anzeigepflicht besteht.

Die schriftliche Anzeige ist bei der letzten obersten Dienstbehörde zu erstatten.

In ihr sind Art und Dauer der Beschäftigung oder Erwerbstätigkeit, der Auftraggeber sowie die voraussichtliche Höhe der Vergütung anzugeben.

In der Anzeige ist ferner die dienstliche Tätigkeit in den letzten fünf Jahren vor Beendigung des Beamtenverhältnisses kurz darzulegen. Außerdem ist mitzuteilen, ob der Versorgungsempfänger während dieser Zeit dienstlich mit Angelegenheiten des jetzigen Auftraggebers befasst war.

14.4 Ende der Anzeigepflicht

Die Anzeigepflicht endet bei Beamten, die

- wegen Erreichens der gesetzlichen Altersgrenze in den Ruhestand getreten sind, nach Ablauf eines Zeitraumes von drei Jahren nach Eintritt des Versorgungsfalles
- nicht wegen Erreichens der Altersgrenze in den Ruhestand versetzt worden sind oder bei früheren Beamten mit Versorgungsbezügen, nach Ablauf eines Zeitraumes von fünf Jahren nach Eintritt des Versorgungsfalles bzw. Beendigung des Beamtenverhältnisses.

14.5 Verstoß gegen die Anzeigepflichten

Bei einem Ruhestandsbeamten oder früheren Beamten mit Versorgungsbezügen gilt es als Dienstvergehen, wenn er gegen Anzeigepflichten nach § 41 BeamtStG verstößt oder einem Verbot nach § 41 Satz 2 BeamtStG zuwiderhandelt (§ 47 Abs. 2 BeamtStG).

Verstöße gegen diese Anzeige- und Unterlassungspflicht können daher nach dem Landesdisziplinalgesetz (LDG) als Dienstvergehen verfolgt werden.

Sollten Sie im Zusammenhang mit den Vorschriften der §§ 54 LBG / 41 BeamtStG Fragen haben, wenden Sie sich bitte unmittelbar an die für die Anzeige zuständige letzte oberste Dienstbehörde.

15. Hinweise

Sollten Sie nach Durchsicht des Merkblattes Fragen haben, wenden Sie sich bitte an den für Ihre Personalnummer zuständigen Bearbeiter des Landesamtes für Finanzen (LfF).

Geben Sie bei telefonischen oder schriftlichen Anfragen bitte immer Ihre Personalnummer an.

Zu nachstehenden Leistungen stehen weitere Informationen zur Verfügung, die Sie im Bedarfsfalle bei dem LfF anfordern oder im Wege eines Downloads im Internet entnehmen können:

- Merkblatt zur Zahlung von Sterbegeld / Hinterbliebenenversorgung
Suchbegriff: LFF12_VERS010
- Merkblatt zu den Unterhaltsbeiträgen nach § 34 Landesbeamtenversorgungsgesetz (LBeamtVG)
Suchbegriff: LFF12_VERS015
- Merkblatt Versorgungsausgleich
Suchbegriff: LFF12_VERS020
- Merkblatt zu den Ruhensvorschriften nach dem LBeamtVG (§§ 73 bis 75 LBeamtVG),
Suchbegriff: LFF12_VERWE002
- Merkblatt zum Kindergeld
Suchbegriff: LFF13_KG002

16. Beratungen in Rentenfragen

Das LfF erteilt keine Auskünfte zu Fragen der gesetzlichen Rentenversicherung.

Bitte wenden Sie sich daher in Rentenfragen unmittelbar an den Träger der Rentenversicherung, z.B.

- Deutsche Rentenversicherung Bund
Ruhrstr. 2, 10709 Berlin
Tel. 030/865-0
- Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz
Eichendorffstr. 4 – 6, 67346 Speyer
Tel. 06232/17-0

- Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See
Pieperstr. 14 – 28, 44789 Bochum
Tel. 0234/304-0
- Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL)
76128 Karlsruhe
Tel. 0721/155-0
- Verband der Rentenversicherungsträger
Berner Str. 1, 97084 Würzburg
Tel. 0931/6002-0

oder

- an das Versicherungsamt der Stadt- oder Gemeindeverwaltung Ihres Wohnortes.

17. Für Ihre Notizen

